



Medium Frankfurter Allgemeine Zeitung

Thema EU-Stimmungsmonitor

Ausgabe 20.03.2024

Frankfurter Allgemeine

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.  
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv"

# Miese Noten für EU-Wirtschaftspolitik

Familienunternehmen sind extrem unzufrieden mit Brüssel. Vor allem die ausufernde Bürokratie bindet Arbeitskräfte, wie eine Umfrage zeigt.

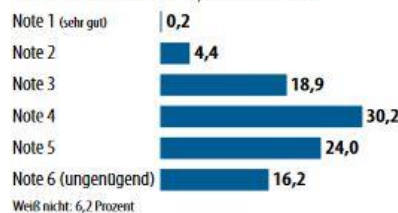
Von Sven Astheimer,  
Frankfurt

Der deutsche Mittelstand ist hochgradig unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und beklagt fehlende Wachstumsimpulse. Wie aus einer aktuellen Umfrage hervorgeht, vergeben mehr als zwei Drittel der Teilnehmer dafür die Schulnoten 4, 5 oder 6. Viele Unternehmen machen eine falsche Weichenstellung in Brüssel aus und leiden vor allem unter einer wachsenden Regulierungsdichte. Fast 90 Prozent der befragten Unternehmensvertreter gaben an, dass die von EU-Entscheidungen verursachte Bürokratisierung in den vergangenen beiden Jahren zugenommen habe. In jedem zweiten Fall lautete die Angabe sogar „stark gestiegen“. Viele Unternehmen berichteten, extra Personal einstellen zu müssen, um den Berichtspflichten nachkommen zu können. Das sind die Kernaussagen der Umfrage im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen und Politik, an der mehr als 1000 Unternehmensvertreter teilgenommen haben und die der F.A.Z. vorliegt. Durchgeführt wurde die repräsentative Befragung in der zweiten Januarhälfte vom Ifo-Institut.

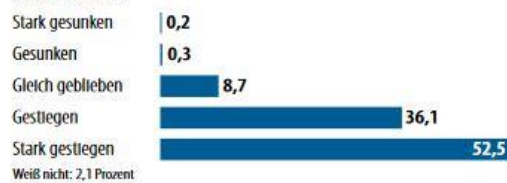
Die Zahlen sind Zündstoff für die aktuelle Abwanderungsdebatte heimischer Unternehmen in die USA oder andere Teile der Welt. Zuletzt hatte sich der Unmut der deutschen Wirtschaft am europäischen Lieferkettengesetz entzündet. Die Mitgliedsländer hatten die Richtlinie verabschiedet. Deutschland hatte sich auf Breiten der FDP enthalten. Trotz einiger Änderungen an der Regulierung, welche deren Befürworter kritisierten, geht auch die Neufassung der Wirtschaft noch zu weit. Industriepresident Siegfried Russwurm sprach von „wirklichkeitsfremden

## So bewerten Familienunternehmen die Wirtschaftspolitik der EU

**Wie bewerten Sie die Arbeit der europäischen Institutionen in der Wirtschaftspolitik in den vergangenen vier Jahren?**  
Nach Schulnoten von 1 bis 6, Anteil in Prozent



**Wie bewerten Sie die Entwicklung der Bürokratiebelastung in der EU für Ihr Unternehmen in den vergangenen 24 Monaten?**  
Anteil in Prozent



Quelle: Stiftung Familienunternehmen und Politik (Befragung von mehr als 1000 Familienunternehmen in Deutschland)/F.A.Z., Grafik Walter

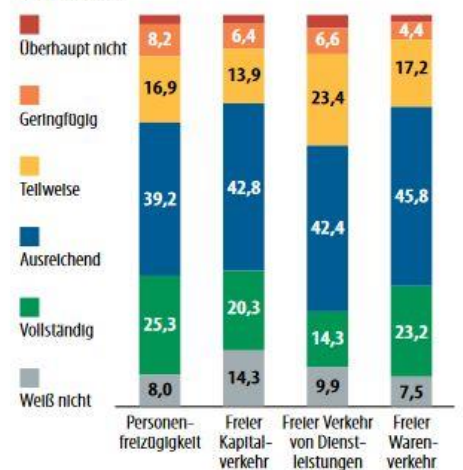
Vorstellungen“ in der Richtlinie, „von Praxistauglichkeit keine Spur“. Auch andere Wirtschaftsvereinigungen bekennen sich zwar zu dem Ziel, Menschenrechte schützen und Produktionsbedingungen in der Welt verbessern zu wollen, halten die neuen Regeln jedoch für untauglich. Dirk Jandura, Präsident des Außenhandelsverbands, hielt das Resultat für keinen Sieg für die Menschenrechte, sondern für einen Sieg für die Bürokratie.

Mit Blick auf die Umfrageergebnisse kommt auch Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, zu einem harschen Urteil über das EU-Lieferkettengesetz. „Europa macht den Außenhandel komplizierter und bürokratischer, ohne substanzuell etwas für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt zu bewirken“, sagte er der F.A.Z. Die Stiftung mit Sitz in München sieht sich als Sprachrohr der Familienunternehmen in Deutschland. In Brüssel und Berlin agiert sie in Gestalt einer eigenen Gesellschaft als politische Interessenvertretung. Familienunternehmen definieren sich allge-

mein in Abgrenzung zu börsennotierten Konzernen als Unternehmungen, an denen Gründer oder deren Familien einen Mindestanteil am Eigentum halten. Familienunternehmen sind die mit Abstand dominierende Unternehmensform in Deutschland.

Diesen Beitrag für das Wachstum in Deutschland und Europa sieht der Mittelstand nach der Umfrage in Gefahr. Gut die Hälfte der Befragten rechnet in absehbarer Zukunft mit einem negativen Geschäftsumfeld. Den Hebel ansetzen müsse die EU deshalb vor allem bei der Entbürokratisierung. Fast zwei Drittel der Befragten machen die wachsende Regulierung für Demotivation in der Belegschaft verantwortlich. Zudem koste die Dokumentation wertvolle Ressourcen: Während drei von vier größeren Unternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter) angaben, dafür eigens Personal einzustellen, lag der Anteil unter den kleineren Familienunternehmen bei weniger als 30 Prozent. Die Stiftung vermutet, dass es häufig an den nötigen finanziellen Mitteln dafür fehle. Fast jedes zwei-

**Wie gut sind die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes aus Sicht Ihres Unternehmens umgesetzt?**  
Anteil in Prozent



te Unternehmen teilte zudem mit, Kapazitäten aus anderen Unternehmensteilen für die Verwaltungsaufgaben abziehen zu müssen.

Neben der Überregulierung bewegen die Unternehmer vor allem die Bemühungen um eine höhere Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie der Kampf gegen Cyberattacken. Als positiv werden immer noch generelle Standortfaktoren gesehen, vor allem die Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts: der freie Warenverkehr, die Personenfreizügigkeit, Dienstleistungs- und Kapitalfreiheit. Jedes sechste Unternehmen wünscht jedoch eine weitere Harmonisierung der Personenfreizügigkeit. Als möglicher Grund wird angegeben, dass es für die grenzüberschreitende Entsendung von Mitarbeitern selbst innerhalb der EU noch immer weitgehende bürokratische Auflagen etwa in Form von Entsendebescheinigungen gibt. Stiftungsvorstand Kirchdörfer appelliert an Brüssel, „die Weichen neu zu stellen und die EU-Politik an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auszurichten“.